

Antrag

der Abgeordneten Hans-Michael Goldmann, Dr. Christel Happach-Kasan, Dr. Edmund Peter Geisen, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Rainer Bröderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Miriam Gruß, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Dirk Niebel, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Impfen statt Töten – Praxisreife Markerimpfstoffe entwickeln und anwenden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach der BSE-Krise und der Maul- und Klauenseuche (MKS) droht die Geflügel- und Schweinepest erneut zu hohen Verlusten in der Land- und Ernährungswirtschaft und zu einer weiteren Verbraucherverunsicherung zu führen. Dem müssen EU, Bundesregierung und die Länder durch entschiedenes Handeln sowie verstärkte Verbraucheraufklärung entgegenwirken.

Von zentraler Bedeutung für eine wirkungsvolle Bekämpfung insbesondere der Geflügel- und Schweinepest ist eine Änderung der bisherigen „Nichtimpfungs-politik“ in Europa. Das massenhafte Verbrennen von Tierkadavern auf Scheiterhaufen, wie es auf dem Höhepunkt der MKS-Bekämpfung in Großbritannien praktiziert wurde, muss verhindert werden. Die Erfahrungen im Zusammenhang mit der Geflügelpest in den Niederlanden im Jahr 2003, als 30 Millionen Tiere verendet sind oder getötet wurden, unterstreichen diese Notwendigkeit. An die Stelle der heutigen „Nichtimpfungs-politik“ zur Bekämpfung von Tierseuchen muss der Grundsatz treten: „Impfen statt Töten“.

Dieser Grundsatz muss auch wegen der Ankündigung des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz an einer Daueraufstallung von Geflügel festzuhalten, Bestandteil einer Langzeitstrategie zur Sicherung einer artgerechten Freilandhaltung werden. Im Mittelpunkt dieser Langzeitstrategie steht der Einsatz von „Markerimpfstoffen“. Nur so ist die alternative Haltung von Geflügel im Freiland auf Dauer in Deutschland zu sichern. So ist z. B. in den Niederlanden die Impfung von Legehennen und Hobbygeflügel unter strengen Auflagen schon heute möglich.

Die Fraktion der FDP hat bereits im Jahr 2001 (Bundestagsdrucksache 14/5691) und 2003 (Bundestagsdrucksache 15/1004) mit parlamentarischen Initiativen die Entwicklung praxisreifer „Markerimpfstoffe“ gefordert. Offensichtlich

wurde aber die Entwicklung dieser gentechnisch veränderten „Markerimpfstoffe“ von der rot-grünen Bundesregierung über Jahre aus ideologischen Gründen zum Schaden des Tierschutzes und der Landwirtschaft blockiert. Diese Blockade muss dringend vor allem aus Tierschutzgründen beendet werden. Daher sind die Ankündigungen der neuen Bundesregierung zur Beendigung dieser Blockade und der intensiveren Erforschung und Entwicklung praxisreifer „Markerimpfstoffe“ richtig.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich entschieden für eine Änderung der „Nichtimpfungs politik“ einzusetzen. Nur durch eine gezielte Impfung lässt sich die Ausbreitung von Seuchen wie z. B. Geflügelpest verhindern und großer Schaden von der Land- und Ernährungswirtschaft abwenden;
- die Forschung und Entwicklung von „Markerimpfstoffen“ voranzutreiben, damit schnellstmöglich eine wirksame und praxistaugliche Bekämpfung von Tierseuchen ohne das massenhafte Töten von Tieren möglich wird;
- eine Langzeitstrategie zur Sicherung einer artgerechten Freilandhaltung zu entwickeln, in deren Mittelpunkt der Einsatz von „Markerimpfstoffen“ steht;
- auf EU- und internationaler Ebene darauf hinzuwirken, dass mit dem Einsatz von „Markerimpfstoffen“ die bisherigen Handelsbeschränkungen für Exporte durch das Internationale Tierseuchenamt in Paris entfallen. Dadurch werden mögliche wirtschaftliche Nachteile für Landwirte verhindert;
- durch die Förderung der Entwicklung praxisreifer „Markerimpfstoffe“ und deren möglichen Einsatz einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Einkommen landwirtschaftlicher Betriebe zu leisten.

Berlin, den 28. April 2006

Hans-Michael Goldmann
Dr. Christel Happach-Kasan
Dr. Edmund Peter Geisen
Jens Ackermann
Dr. Karl Addicks
Christian Ahrendt
Daniel Bahr (Münster)
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Patrick Döring
Jörg van Essen
Otto Fricke
Horst Friedrich (Bayreuth)
Miriam Gruß
Heinz-Peter Hausteil
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Heinrich L. Kolb
Jürgen Koppelin

Sibylle Laurischk
Ina Lenke
Michael Link (Heilbronn)
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Jan Mücke
Dirk Niebel
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Jörg Rohde
Frank Schäffler
Marina Schuster
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Florian Toncar
Christoph Waitz
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Dr. Guido Westerwelle und Fraktion